




Positionen der IHK Halle-Dessau zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021

Standortpolitik



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

www.halle.ihk.de



Wir dringen auf die entscheidenden Initialzündungen, damit sich unsere Unternehmen kurz-, mittel- und langfristig gut entwickeln können.

Inhalt

4 **Präambel**

6 **Fachkräfte: Potenziale heben!**

8 Demografie & Arbeitsmarkt

10 Bildung



12 **Strukturwandel: Wirtschaft weiterentwickeln!**

14 Kohleausstieg

16 Energiepolitik



18 **Infrastruktur & Technologie: Zukunftsfähigkeit sichern!**

20 Infrastruktur

22 Technologie & Innovationen



24 **Wettbewerbsfähigkeit des Standorts: Rahmenbedingungen verbessern!**

26 Unternehmensfreundlichkeit

28 Internationalisierung

30 Landesimage



Präambel

Die Landtagswahl steht vor der Tür: Am 6. Juni 2021 wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Die Legislaturperiode in unserem Bundesland dauert fünf Jahre, man kann also von einer Richtungsentscheidung sprechen, die weit über die Tagesaktualität hinausweist. Dennoch lässt sich natürlich auch diese Landtagswahl – wie so Vieles seit nunmehr gut einem Jahr – nicht losgelöst von den besonderen Bedingungen und Herausforderungen in den Blick nehmen, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind.

So ist beispielsweise jüngst eine Diskussion darüber entbrannt, ob diese Wahl tatsächlich durch Stimmabgabe an der Urne oder womöglich doch nur ausschließlich als Briefwahl stattfinden können. Überhaupt befinden wir uns aktuell in einem Umfeld, das nahezu vollständig von Stichworten rund um das Thema „Corona“ beherrscht wird: Impfstrategie, Impfstoffqualität und -beschaffung, Testpflicht, Inzidenzwerte, Intensivbetten etc. – es scheint kaum Raum für anderes zu geben.

Dass es aktuell zuvorderst darum gehen muss, so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich zu impfen, um die weitere Ausbreitung des COVID19-Virus (und immer neuer Mutationen) wirksam zu verhindern, steht außer Frage.

Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass deshalb andere wichtige und ebenfalls dringende Aufgaben „liegen bleiben“ dürften oder gar müssten, solange das Virus noch nicht endgültig „besiegt“ ist, im Gegenteil. Denn: Die Pandemie hat schonungslos strukturelle Defizite in unterschiedlichen Bereichen offengelegt. Diese strukturellen Defizite, insbesondere etwa im Bereich der Infrastruktur (Digitalisierung: Breitbandausbau und Bildungsinfrastruktur vor allem an Schulen; Straßeninfrastruktur: Lückenschlüsse, Umgehungen, Brückensanierungen etc.), fallen uns gerade jetzt besonders schmerzhaft auf die Füße.

Umso wichtiger ist es, sofort damit zu beginnen, lange Versäumtes nachzuholen. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass diese strukturellen Defizite der Vergangenheit – verstärkt durch die im Sog von Pandemie und Eindämmungsmaßnahmen entstehenden ökonomischen Schäden und Verzerrungen in der Wirtschaftsstruktur – sich zu regelrechten strukturellen Verheerungen auswachsen. Das darf keinesfalls geschehen! Deshalb muss gehandelt werden. Sofort!

JETZT sind die maßgeblichen Weichenstellungen für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre vorzunehmen.

Das vorliegende Positionspapier der IHK Halle-Dessau, von der IHK-Vollversammlung am 7. April 2021 mit überwältigender Mehrheit beschlossen, benennt Themen und Wegmarken sowie Kriterien und Maßstäbe für gutes wirtschaftspolitisches Handeln im Dienste des Gemeinwohls. Es ist ein Gradmesser für die politischen Ziele der Parteien! Die Unternehmerschaft wird – wie bisher – ihren Beitrag dazu leisten. Sie steht gewissermaßen „Gewehr bei Fuß“ für das Zusammenwirken mit der Politik.



Prof. Dr. Steffen Keitel
Präsident



Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer



Prof. Dr. Steffen Keitel
Präsident
der IHK Halle-Dessau



Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer
der IHK Halle-Dessau

Aufgabe: Potenziale heben!

Sachsen-Anhalt steht eine demografische Entwicklung bevor, die sich massiv auf den Arbeitsmarkt und das Fachkräfteangebot auswirken wird:

Zum einen altert die Bevölkerung zunehmend. Altersbedingt scheiden mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus, als junge Menschen nachrücken. Dadurch werden dem Land in den nächsten zehn Jahren insgesamt ca. 200.000 Arbeitskräfte fehlen (18.000 p. a.). Insbesondere Unternehmen im ländlichen Raum mit arbeitsintensiven Prozessen (z. B. Gastgewerbe) leiden besonders unter dem Fachkräftemangel.

Zum anderen hat Sachsen-Anhalt über viele Jahre Arbeitskräfte durch Abwanderung verloren. Zwar scheint dieser Trend vorerst gestoppt. Dennoch suchen viele junge Sachsen-Anhalter ihre Zukunftsperspektiven leider immer noch zu häufig jenseits der Landesgrenzen.

Dies alles führt zu einer deutlichen Verschiebung am Arbeitsmarkt: Fachkräfte werden knapper, die Konkurrenz um den Nachwuchs nimmt zu.

Fachkräfte



Zwei aus dem Arbeitsmarkt Ausscheidenden steht nur ein Nachrücker gegenüber!



2:1

Defizit am Arbeitsmarkt:

Für zwei Personen, die in Rente gehen, rückt im Jahr 2020 nur ein neuer Erwerbstätiger nach.

Stimme aus der Wirtschaft

Wie bewerten Sie die Fachkräftesituation in unserem Bundesland?

Kerstin Kühne: Derzeit gelingt es den Unternehmen noch, zur Nachwuchssicherung freie Ausbildungsplätze zu besetzen – aber längst nicht mehr alle, die angeboten werden. Die Situation spitzt sich Jahr für Jahr weiter zu. Nicht für alle, die in Rente gehen, kommen junge Fachkräfte nach.

Wie lässt sich die Lage entspannen? Wo sollte die Politik ansetzen?

Kühne: Zum einen gilt es, alle erwerbsfähigen Personen zu „aktivieren“. Zu viel Potenzial verschenken wir derzeit noch, weil Menschen im entsprechenden Alter jenseits des ersten Arbeitsmarkts beschäftigt sind. Hier müssen wir über bessere Qualifikation und stärkere Anreize, eine Arbeit aufzunehmen, effizienter werden.

Was ist mit Blick auf den Nachwuchs zu tun?

Kühne: Unser Ziel ist: Jeder junge Mensch, der heute die Schule verlässt, sollte während seines Bildungsweges mit den Kompetenzen ausgestattet werden, die im Arbeitsleben gebraucht werden. Die Schulen haben also Ausbildungsreife sicherzustellen. Gemeinsam mit ihnen und den Agenturen für Arbeit muss es uns außerdem gelingen, die Jugendlichen für jene Berufe zu begeistern, die auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Können wir in Sachsen-Anhalt noch mehr unternehmen?

Kühne: Wir müssen es sogar! Wir leben in einer demografisch „schrumpfenden Region“. Sich dann nur auf das vorhandene Potenzial zu beschränken, wird nicht ausreichen. Wir brauchen also Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Bundespolitisch haben wir mittlerweile an den Rahmenbedingungen gefeilt.

Kerstin Kühne

hat den Arbeits- und Fachkräftemangel im Blick. Die Geschäftsführerin der big. Bechtold-Gruppe in Halle (Saale) ist IHK-Vizepräsidentin und engagiert sich im Arbeitskreis Bildung als Vorsitzende. Sie benennt sowohl Probleme als auch Lösungsansätze sicher, wenn es um Ausbildung und Qualifikation geht.



“

Wir müssen jetzt in Sachsen-Anhalt die rechtlichen Möglichkeiten nutzen und aktiv um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland werben.“



Demografie & Arbeitsmarkt

Grundsätze

Auch der Arbeitsmarkt folgt den Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage. Eingriffe in diesen Koordinationsmechanismus bleiben nicht ohne Konsequenzen. Staatliche Eingriffe, etwa in die Lohnfindung, können zu Arbeitslosigkeit führen. Zuerst leiden darunter Geringqualifizierte oder Menschen ohne anerkannte Abschlüsse.

Auch zu starre Rahmenbedingungen können Beschäftigung gefährden: Unternehmen brauchen flexible Instrumente – wie etwa die Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträge – um auf Nachfrageschwankungen reagieren zu können. Die Flexibilität erhöht zudem die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen in Krisenzeiten.

Demografische Entwicklungen sind zwar träge und nicht schnell zu korrigieren – völlig uneinflussbar sind sie indes nicht:

Durch kluge Politik wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Das sichert die Beschäftigung von Eltern und ermöglicht insbesondere Alleinerziehenden bessere Arbeitsmarktteilhabe. Flexible und bezahlbare Betreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten und Ganztagschulen fördert dies auf besonders wirksame Weise.

Auch kluge Zuwanderungspolitik kann helfen, Fachkräftelücken zu schließen. Je höher die Qualifikation der Zugewanderten, desto besser gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt.

Fachkräfte



Eine gute und schnelle Qualifikationsanerkennung hilft, solche Potentiale gezielt zu nutzen. Insbesondere Sprachförderung kann Integration beschleunigen.

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Arbeit muss sich lohnen – ein Abstand zwischen Marktlohn und staatlichen Unterstützungen muss als Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhalten bleiben!
- Integrationshürden abbauen: Einfache Arbeit muss bezahlbar sein!
- Keine Diskriminierung von Arbeitnehmerüberlassung oder Werksverträgen!
- Einheitliche und sichtbare Ansprechpartner für qualifizierte Zuwanderer auf Landesebene schaffen!
- Das Land muss sich im Wettbewerb um Zuwanderer mehr engagieren: Gezieltes Außenmarketing im Herkunftsland potentieller Fachkräfte ist Standortwerbung!
- Mehr Betreuungsplätze verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!



4,5 %

8,1 %

12,7 %

Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte
an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
im Juni 2020.

Nur wenige internationale Fachkräfte
wollen nach Sachsen-Anhalt

Bildung

Grundsätze

Die Unterschiede zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung sollten betont und die möglichen Vorteile beruflicher Ausbildung herausgearbeitet und beworben werden:

→ Berufliche Ausbildung im Dualen System fußt auf dem Bedarf der Wirtschaft. Dahinter stehen konkrete Arbeitsplätze und gesicherte Perspektiven. Gesellschaftlicher Aufwand und Nutzen stehen in einem angemessenen Verhältnis.

→ Das akademische Studienangebot hingegen orientiert sich größtenteils an persönlichen Wünschen. Ein Bedarfsabgleich findet nicht statt. Mithin wird oft am konkreten Arbeitsplatzbedarf „vorbei“ ausgebildet. So steht einem hohen gesellschaftlichen Aufwand ein begrenzter gesellschaftlicher Nutzen gegenüber.

Wertebezogene Bildungspolitik ist mehr als bloße Wissensvermittlung: Dem Bekenntnis zu Weltoffenheit und Toleranz sowie Leistung und Wettbewerb als Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft kommt besondere Bedeutung zu. Gute Bildungspolitik steigert die Attraktivität Sachsen-Anhalts als Wirtschafts- und Wohnstandort.

Fachwissen und Methodenkompetenz sind gleichermaßen bedeutsam: Unverzichtbar ist nicht nur solides Wissen über die Grundlagen und neueren Erkenntnisse in einzelnen Fächern, sondern auch und insbesondere Methodenkompetenz. Das heißt, mindestens so wichtig, wie die Frage, WAS man lernt, ist die Frage, WIE man lernt (und lehrt ...)!

Auch kommt es auf die Mischung an: Mehr Akademiker bei gleichzeitig schwindender Facharbeiterbasis nützen niemandem. Berufsorientierung in allen Lebensbereichen klärt über die Vielfalt der Ausbildungsberufe auf und erleichtert die Berufswahlentscheidung.

Fachkräfte



Die Vielfalt der Berufsorientierungsmaßnahmen sollte systematisch und regelmäßig zwischen den durchführenden Institutionen und Praxispartnern abgestimmt werden.

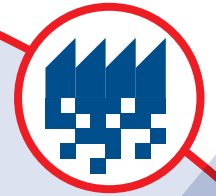
Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Potenziale frühkindlichen Lernens ausschöpfen und auch in Grundschulen auf bereits gelegten Grundlagen aufbauen (z. B. „Haus der kleinen Forscher“)!
- Qualitätswettbewerb im Schulsystem befördern durch mehr Autonomie bei der Vermittlung von Inhalten sowie bei Personal und Finanzen!
- Technische Ausstattung der Schulen verbessern! Lehrer durch Weiterbildung in die Lage versetzen, Kenntnisse auch digital zu vermitteln!
- Lehreraus- und -fortbildung verpflichtend mit mehr Praxisbezug!
- Duale Berufsausbildung wohnort- und/oder ausbildungsortnah organisieren!
- Berufsorientierung muss an Gymnasien verpflichtend sein! Auch die Studienorientierung sollte genutzt werden, um Arbeitsmarktchancen frühzeitig aufzuzeigen!
- Azubiticket ausweiten und attraktiver machen!



Aufgabe: Wirtschaft weiterentwickeln

Strukturwandel



Der Süden Sachsen-Anhalts hat sich als Industriestandort profiliert, weil heimische grundlastfähige Energieträger vor Ort lange Zeit reichhaltig verfügbar waren. Die Industrie ist als Nachbar und Arbeitgeber hochgeschätzt. Die Menschen sind stolz auf die industrielle Tradition der Region: Nachweislich herrscht im Süden Sachsen-Anhalts eine überaus hohe Industrieakzeptanz seitens der Bevölkerung.

Die Industriegeschichte der Region ist aber auch geprägt von Höhen und Tiefen – jeweils eng verknüpft mit politischen Weichenstellungen. Der letzte große Strukturbruch zur Wendezeit scheint langsam bewältigt zu sein.

Die in drei Jahrzehnten aufgebaute Kraft und Dynamik darf durch den Kohleausstieg nicht gefährdet werden. Das Motto muss lauten: „Strukturentwicklung statt Strukturbruch“!

Stimme aus der Wirtschaft

Wie bewerten Sie Sachsen-Anhalt als Industriestandort?

Dr. Christof Günther: Die Industrie ist lebenswichtig für Sachsen-Anhalt. Ihr Ansehen in der Bevölkerung ist hier so hoch wie nirgendwo in Deutschland. Außerdem zieht unsere Region Investoren an, wie viele große Neuansiedlungen der vergangenen Jahre belegen. Aber wir sind herausgefordert, die Energiewende zu meistern: Wenn Strom nicht verlässlich verfügbar und vor allem bezahlbar bleibt, büßt der Standort an Attraktivität ein.



Dr. Christof Günther weiß, wie Strukturwandel geht. Aufgabe des InfraLeuna-Chefs ist es, den Chemiapark zukunftsfit zu machen. Diese Expertise bringt er in die ehrenamtliche IHK-Arbeit ein: Als Vizepräsident und Vorsitzender des Arbeitskreises Energiepolitik fordert er optimale Rahmenbedingungen für die mitteldeutsche Wirtschaft.

Warum ist diese Frage gerade für Mitteldeutschland existenziell?

Dr. Günther: Fakt ist, viele unserer Industriebetriebe sind sehr energieintensiv. Und zwar nicht, weil sie nicht sparsam und effizient wirtschaften würden, sondern weil die speziellen Produktionsprozesse – etwa in der Chemie – schlicht mehr Energieeinsatz erfordern. Diese Unternehmen könnten nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren, wenn die Versorgung unsicher wäre oder die Kosten massiv stiegen.

Was kann die Politik in Sachsen-Anhalt tun?

Dr. Günther: Als Chemiestandort bieten wir hervorragende Voraussetzungen, um die Wasserstofftechnologie voranzubringen, insbesondere in der stofflichen Nutzung. Ich sehe hier großes Potenzial – wenn denn die politischen Rahmenbedingungen dafür zügig und zielgerichtet geschaffen werden.

Welche Aufgaben bringt der Braunkohleausstieg mit sich?

Dr. Günther: Die Kohleindustrie ist bisher ein bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder in unserer Region. Außerdem hängen zahlreiche Zulieferer und Abnehmer von ihr ab. Die drohende Wertschöpfungslücke adäquat zu schließen, dafür muss jetzt eine tragfähige Strategie her! Hier muss der Staat – der den Ausstieg beschlossen hat – strukturpolitisch aktiv werden.

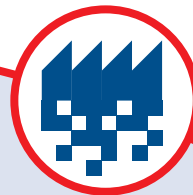


“

Viele unserer Industriebetriebe sind sehr energieintensiv.“

Kohleausstieg

Strukturwandel



Grundsätze

Damit der politisch induzierte Strukturwandel nicht zum Strukturbruch wird, sind verlässliche politische Rahmenbedingungen notwendig. Der im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg erzielte gesamtgesellschaftliche Kompromiss gibt allen Akteuren eine klare Perspektive und zeigt Entwicklungsmöglichkeiten auf. Dieser Kompromiss muss nun aber auch von allen Beteiligten respektiert und darf nicht unterlaufen werden.

Durch den Kohleausstieg wird Wertschöpfung wegfallen. Dieser Wegfall wird nur bei klugen Weichenstellungen zu kompensieren sein. Hiesige Unternehmen müssen wachsen und neue Unternehmen sich ansiedeln können. Dafür braucht es wirksame zusätzliche Investitions- und Ansiedlungsanreize.

Strukturpolitik muss also in zweierlei Hinsicht auf den Kohleausstieg reagieren: Zum einen sind Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur notwendig. Zum anderen muss Förderung aber auch direkt in Unternehmen ankommen; ein Förderregime, das primär oder gar ausschließlich die Kommunen „bedient“, schafft die falschen Anreize. Die von Bund und EU zugesagten Fördermittel müssen zielgerichtet fließen. Das Beihilferecht muss dieser Sonder-situation Rechnung tragen: Strukturmittel sind nicht dazu da, unserer Region womöglich einen „unverdienten“ Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen (in Deutschland und Europa) zu verschaffen, sondern sie sind die notwendige Kompensation für einen schwerwiegenden staatlichen Eingriff in den Markt.



Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Förderung zum Kohleausstieg und Strukturwandel darf nicht ausschließlich über kommunale Träger zugänglich sein.
- Durch eine groß angelegte Ansiedlungsoffensive sind Perspektiven der Wertschöpfung jenseits der Braunkohleindustrie aufzuzeigen!
- Investitionen von Bestandsunternehmen durch geeignete Förderung unterstützen!
- Insbesondere Strukturfonds- und Just-Transition-Fund-Mittel sind zielgerichtet auf die Steigerung der Wertschöpfung auszurichten – Investitionen müssen direkt im Unternehmen unterstützt werden!
- Gewissenhaftes und ausführliches Monitoring des Strukturwandels sicherstellen, um gefährliche Nebenwirkungen erkennen und vermeiden zu können!
- Konsequenter Breitbandausbau in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen!
- Ausbau der SPNV/ÖPNV-Infrastruktur (Schiene/Bus) im Revier!

43 %

Sachsen-Anhalt

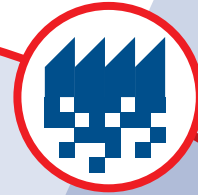
Die Industrie in Sachsen-Anhalt ist besonders stromintensiv

Deutschland 27 %

Anteil der stromintensiven Industrien am Umsatz

Energiepolitik

Strukturwandel



Grundsätze

Unternehmen brauchen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung. Die deutsche Energiewende treibt die Energiepreise und gefährdet so die Bezahlbarkeit und angesichts fehlender wirksamer Alternativen zu grundlastfähigen Energieträgern auch die Verlässlichkeit. Ein ehemals wichtiger Standortfaktor der Region geht verloren.

Emissionsvermeidung ist gut und richtig, muss aber im globalen Maßstab gedacht werden. Notwendig ist international abgestimmtes Handeln – sonst kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen. Der Emissionszertifikatehandel (EU-ETS) ist – weil marktnah – ein effektives und effizientes Klimaschutzinstrument, welches es konsequent zu nutzen gilt. Nationale Sonderwege sind nicht nur klimapolitisch wirkungslos, sondern auch ökonomisch schädlich.

Der Energiemix sollte durch Marktlösungen (unter Einpreisung der CO₂-Zertifikate, nicht aber durch Staatsdirigismus bestimmt werden.

Erneuerbare Energien gehören ebenso zu einem nachhaltigen Energiemix wie andere Energieträger.

Nach einer langen Phase der Anschubsubventionen müssen diese sich nun dem Wettbewerb stellen. Klimaschutz muss effektiv und effizient erfolgen!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

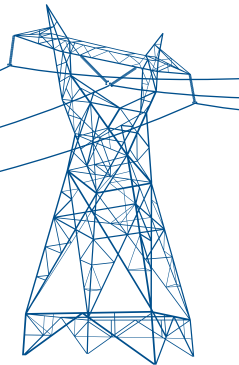
- Auch am Energiemarkt muss Technologie offenheit herrschen – dirigistische Eingriffe zugunsten oder zulasten einzelner Energieträger sind zu vermeiden!
- Erneuerbare Energien müssen ohne Subventionen wettbewerbsfähig sein!
- Instrumente wie CO₂-Abscheidung nicht ausschließen! Alle Klimaschutzinstrumente müssen ergebnisoffen geprüft werden.
- Technologieoffenheit bei Wasserstoff: alle Erzeugungswege ermöglichen!
- Keine Sonderwege des Landes beim Klimaschutz – Maßnahmen müssen mindestens im europäischen Kontext erfolgen!
- Bei allen Maßnahmen muss auch der internationale Standortwettbewerb bedacht werden: „Carbon Leakage“ vermeiden!
- Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen KMU sollte weiterhin durch geeignete Fördermaßnahmen für Investitionen in Energieeffizienz gestärkt werden!

Im Mitteldeutschen Revier arbeiten

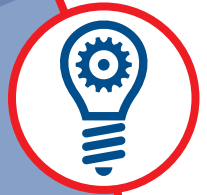
75.000

**Menschen in
stromintensiven Industriebetrieben**

Zum Vergleich: Die Stadt Dessau-Roßlau hat 80.000 Einwohner



Aufgabe: Zukunftsfähigkeit sichern!



Infrastruktur & Technologie

Sachsen-Anhalt als Flächenland, welches angesichts der demografischen Entwicklung künftig eine weiter abnehmende Bevölkerungsdichte aufweisen wird, braucht kreative Lösungen, um periphere Räume weiterhin attraktiv halten zu können. Neben gut ausgebauter Verkehrsinfrastruktur und einem bedarfsgerecht leistungsstarken ÖPNV, welche beide im Zusammenwirken Wege in die Zentren verkürzen, ist dringend eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur erforderlich, die unnötige Wege in die Zentren vermeiden hilft.

Zu guter Infrastruktur gehört auch eine starke Forschungslandschaft.

Sachsen-Anhalt hinkt hier immer noch hinterher, was die zentralen Kennziffern – wie beispielsweise die Patentanmeldungen – belegen. Die Innovationsfähigkeit der hiesigen KMU kann durch Kooperationen mit den öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen gestärkt werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, so dass sich Kooperation für beide Seiten lohnt.





”

Wir haben großen Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung und flächendeckende Mobilnetze sind heute so wichtig wie Wasser und Strom.



Hans-Joachim Münch ist Experte in Sachen Innovation. Die von ihm mitbegründete SONOTEC GmbH ist Weltmarktführer bei einer Reihe von Produkten der Ultraschall-Mess- und Prüftechnik. Der Vorsitzende des IHK-Arbeitskreises für Innovation und Technologietransfer formuliert präzise, was Sachsen-Anhalt bei diesen Themen noch fehlt.

Stimme aus der Wirtschaft

Wie innovativ ist Sachsen-Anhalt?

Hans-Joachim Münch: Ich denke, in unserem Land leben viele kreative und innovative Menschen, die unternehmerisch tätig werden und ihre guten Ideen umsetzen wollen. Auch die Fachkräfte dafür stehen bereit ... noch. Das Potenzial ist also da. Woran wir arbeiten müssen, sind die passenden Rahmenbedingungen, um es erfolgreich zu nutzen.

Welche Aufgaben sehen Sie konkret?

Münch: Infrastruktur, Infrastruktur, Infrastruktur! Wir haben großen Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung und flächendeckende Mobilnetze sind heute so wichtig wie Wasser und Strom. Leider hat die sachsen-anhaltische Landkarte in dieser Hinsicht noch zu viele weiße Flecken. Und natürlich ist die Qualifikation hinsichtlich

der IT-Nutzung ebenso von Bedeutung. Doch jetzt die gute Nachricht: Was die Verkehrswege betrifft, stehen wir besser da. Die jüngsten An-siedlungserfolge in der Logistiksparte beweisen es. Dennoch müssen wir aufpassen, dass wir das Erreichte nicht verspielen. Um Straßen und Schienen zu erhalten, müssen ausreichend Mittel bereitstehen.

Wo ist die Landespolitik darüber hinaus gefordert?

Münch: Im Vergleich mit anderen deutschen Regionen ist unsere Wirtschaft eher kleinteilig strukturiert. Anderswo dominieren Konzerne mit entsprechend leistungsfähigen Forschungs-abteilungen, bei uns sind es eher kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Wir können nur dann konkurrenzfähig bleiben, wenn sich mehrere Akteure zusammenschließen. Seien wir ehrlich, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ist in Sachsen-Anhalt noch ausbau-fähig. Da sollte die Landespolitik ansetzen. Außerdem müsste die Innovationsförderung noch stärker auf KMU zugeschnitten und stark entbürokratisiert werden. Und mehr Risikokapi-tal brauchen wir auch.

Infrastruktur

Grundsätze

Die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur eines Landes bestimmt maßgeblich über dessen wirtschaftliche Entwicklung mit. Gut ausgebaute Verkehrswege sind das eine, flächendeckende Breitbandversorgung als Voraussetzung für erfolgreiche Digitalisierung, lückenlose Mobilfunkerschließung mit 5G sowie leistungsstarke Ver- und Entsorgungseinrichtungen und Energienetze das andere.

Bund, Land und Kommunen müssen weiteren Substanzverzehr bei Straßen, Schienen und Wasserstraßen stoppen und gleichzeitig bestehende Engpässe und Lücken im Verkehrsnetz durch Aus- und Neubaumaßnahmen beseitigen. Der (aufgestockte) Verkehrshaushalt in Sachsen-Anhalt ist zumindest auf Bestandsniveau zu verstetigen.

Digitalisierung ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg im globalen Wettbewerb: Sie hält immer stärker Einzug in Produktionsprozesse und sonstige Betriebsabläufe. Dies birgt starke Innovationskraft und führt zu enormen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Auch hier braucht es die richtigen Rahmenbedingungen und wegweisende Weichenstellungen – in Deutschland wie auch in Sachsen-Anhalt.



Infrastruktur & Technologie



Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 planmäßig und konsequent umsetzen und bei der Evaluierung 2022 die Landesinteressen wirksam vertreten!
- Konzepte für einen lückenlosen Individualtransport durch öffentlichen Verkehr
- Finanzierungssicherheit für Infrastrukturinvestitionen und Instandhaltung!
- Beseitigung des Investitions- und Instandhaltungstaus bei Landesstraßen und Brücken und Realisierung straßenbegleitender Radwege!



- Entsorgungssicherheit durch den Bau neuer Deponien gewährleisten!
- Flächendeckende Breitbandverfügbarkeit und lückenloses Mobilfunknetz sichern!
- Verwaltung konsequent digitalisieren und „Digitale Agenda“ fortschreiben!
- Bildungs- und Weiterbildungsangebote mit Digitalisierungsbezug fördern!



Der Instandhaltungstau ist enorm

1.280
Mio €



120
Mio €

Insgesamt aufgelaufener Investitionstau bei Landes-, Kreis- und Kommunalstraße (inklusive der Brücken) 2017/18

Jährlicher Etatansatz der öffentlichen Hand in Sachsen-Anhalt

Technologie & Innovationen

Grundsätze

Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) stärken die Innovationsfähigkeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen: Dies gilt sowohl für die Grundlagen- als auch für die anwendungsorientierte Forschung.

Die Innovationsfähigkeit der Unternehmen wird maßgeblich von ihrer F&E-Kompetenz bestimmt und kann durch die Forschungsleistung und Infrastruktur der Hochschulen wesentlich gestärkt werden. Dafür ist ein breiter Wissens- und Technologietransfer in die Unternehmen hinein notwendig. Die Technologiepolitik muss deshalb in erster Linie auf einfache, transparente und flexible Transferwege gerichtet sein. Insbesondere müssen dabei die spezifischen (Finanzierungs-)Bedürfnisse von KMU beachtet werden!

Innovationen lassen sich so wenig vorhersehen wie sog. „Zukunftsmärkte“. Am erfolgreichsten ist Innovationsförderung deshalb dann, wenn sie sich den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zunutze macht. Das allerdings funktioniert nur mit technologie- und ergebnisoffenen Förderbedingungen. Werden Handlungsspielräume zu früh eingeeengt, drohen kostspielige Fehlentwicklungen und Fehlförderungen. Industrienaher Forschung muss sich industrienahem Wettbewerb stellen.

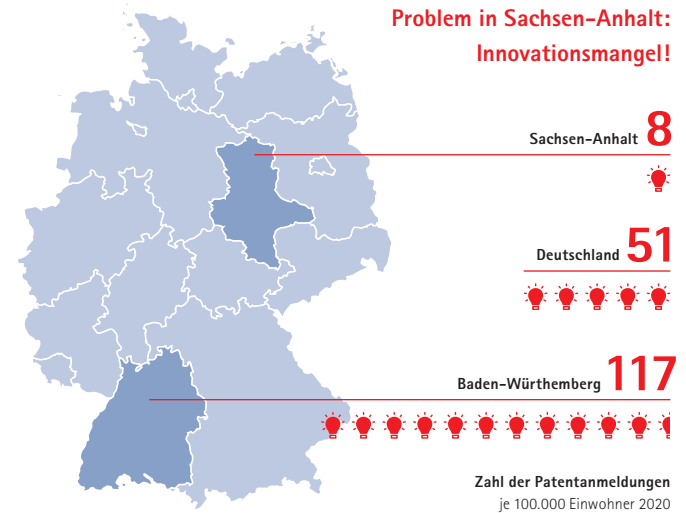
Staatliche Forschungsprogramme als gesellschaftliche Orientierungsrichtung sind notwendig, sollten sich jedoch nicht auf staatliche Vollsubventionierung der Forschung abstützen. Sonst wird aus Forschung ein bloßes Wettrennen um Fördermittel.

Infrastruktur & Technologie



Forderungen/Handlungsempfehlungen

- **KMU brauchen niedrighschwellige und passgenaue Förderangebote. Dafür sind auch die Mindestfördersummen zu senken!**
- **Innovationsförderung muss branchen- und technologieoffen sein!**
- **Darlehen und steuerliche Forschungsförderung sind wichtige Ergänzungen in der F&E-Förderung; keinesfalls aber können sie die bewährten Zuschussprogramme insbesondere für KMU ersetzen!**
- **Der Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen sollte durch geeignete und effektive Instrumente intensiviert und ausgebaut werden!**



- **Unternehmen muss die Möglichkeit offenstehen, auch ohne großen Aufwand die Infrastruktur der Hochschulen nutzen zu können!**
- **IKT und MINT sollten noch stärker in Schulen verankert werden!**
- **Das Land sollte mehr Reallabore für disruptive Innovation unterstützen!**

Aufgabe: Rahmenbedingungen verbessern!



Gute Standortbedingungen tragen in vielfältiger Weise zum Erfolg von Unternehmen bei. Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung zieht Unternehmen an, erleichtert Bestandsunternehmen das Wachstum und hilft Unternehmensgründern beim Start.

Ein gutes Landesimage hilft dabei: Wenn der Standort positive Assoziationen weckt, erleichtert dies das Anwerben von Fachkräften, holt Besucher ins Land und kann auch als Herkunftsnachweis ein wichtiges Kaufargument sein.

Jörg Schlichting ist ein Vollblut-Unternehmer wie er im Buche steht. Der Inhaber von EWS Die Schuhfabrik e. K. verkauft Feuerwehrstiefel und Sicherheitsschuhwerk in die ganze Welt. Als IHK-Vizepräsident und Mitglied des Arbeitskreises Außenwirtschaft spürt er, wo dem Mittelstand der Schuh drückt – und dringt auf passgenaue Antworten.

Auch für das internationale Engagement der Unternehmen sind gute Rahmenbedingungen wichtig: Gerade der Außenhandel unterliegt häufig Restriktionen, die auf politische Entscheidungen zurückgehen. Unternehmen, die sich den vielfältigen Handelsrisiken aussetzen, profitieren davon, wenn ihnen in der Heimat Politik und Verwaltung den Rücken stärken und Unterstützung bieten.

Stimme aus der Wirtschaft

Was zeichnet einen attraktiven Standort für Unternehmen aus?

Jörg Schlichting: Ob ein Standort wettbewerbsfähig ist, bestimmen viele Faktoren. Etliche davon lassen sich aktiv gestalten: So kann die Politik eine attraktive Infrastruktur schaffen, das Bildungsniveau der Arbeitskräfte hoch halten und für ein positives Landesimage sorgen. Ich finde außerdem persönliche Entfaltungsmöglichkeiten wichtig, ebenso wie eine wirtschaftsfreundliche Stimmung in Gesellschaft, Politik und Verwaltung.

Woran machen Sie eine solche Stimmung fest?

Schlichting: Es geht mir um ein vertrauensvolles Verhältnis auf Augenhöhe. Firmen engagieren sich in der Region, schaffen Arbeitsplätze und sorgen letztlich dafür, dass Bund, Land und Kommunen ihre Aufgaben finanzieren können. Wenn dann ein Unternehmen Investitionen plant

und diese genehmigt werden müssen, darf es nicht wie ein Bittsteller behandelt werden! Wirtschaft muss wieder mehr als Motor gesellschaftlicher Entwicklung wahrgenommen werden.

Und überbordende Vorschriften – nahezu jeder Aspekt des Wirtschaftslebens ist streng durchreguliert sowie mit einem umfangreichen Melde- und Berichtswesen garniert – steht doch eher für eine Misstrauenskultur gegenüber den Leistungsträgern der Gesellschaft.

Was ist zu tun, damit mehr heimische Firmen ausländische Märkte erobern?

Schlichting: Wir im südlichen Sachsen-Anhalt können auf etliche „Hidden Champions“, die weltweit erfolgreich ihre Produkte anbieten, stolz sein! Um international zu agieren und darüber Wachstum zu generieren, könnten die häufig eher kleineren Unternehmen Rückenwind aus Politik und Verwaltung gut gebrauchen: Dazu zählt eine aktive Unterstützung über Förderprogramme für die Anbahnung und Etablierung von Auslandsgeschäften. Außerdem kann ihnen unsere Landesregierung in vielen Ländern Türen öffnen: etwa konkret über Landesrepräsentanzen oder auf Delegationsreisen.

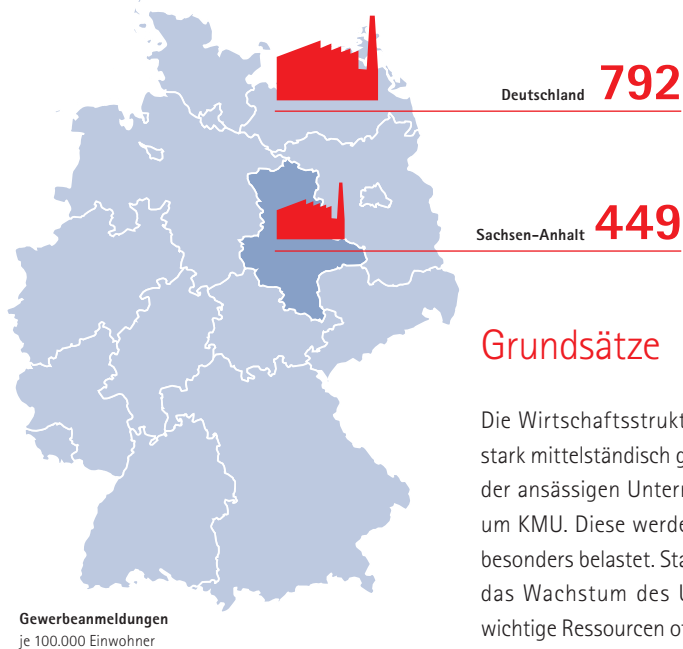
Wettbewerbsfähigkeit des Standorts



“

Wirtschaft muss wieder mehr als Motor gesellschaftlicher Entwicklung wahrgenommen werden.“

Unternehmensfreundlichkeit



**In Sachsen-Anhalt entstehen
zu wenige neue Firmen**

Grundsätze

Die Wirtschaftsstruktur Sachsens-Anhalts ist stark mittelständisch geprägt: Bei 99,5 Prozent der ansässigen Unternehmen handelt es sich um KMU. Diese werden durch Bürokratismus besonders belastet. Statt für die Sicherung und das Wachstum des Unternehmens werden wichtige Ressourcen oftmals durch das Erfüllen von Berichts- und Informationspflichten, die Steuerverwaltung und das Beauftragtenwesen gebunden.



Eine unternehmensfreundliche Verwaltung entlastet nicht nur bestehende Unternehmen, sie erleichtert auch Gründern und Nachfolgern den Einstieg. Sachsen-Anhalt belegt im bundesweiten Vergleich bei der Existenzgründungsquote einen der letzten Plätze; auch finden sich zu wenige Nachfolger. Der Rechts- und Verwaltungsrahmen ist kompliziert, der Zugang zu geeigneter Finanzierung oft erschwert.

Zudem entwickelt sich das deutsche Steuersystem immer mehr zum Standortnachteil. Durch ambitionierte Reformen könnte das Dickicht der Vorschriften gelichtet, die Abgabenlast der Unternehmen verringert und das Wachstumspotential gestärkt werden.

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Unternehmensvorschriften nicht mit sachfremden Kriterien überlasten!
- Regeln KMU-freundlich ausgestalten: Ausnahmen konsequent nutzen!
- 1:1-Umsetzung von europäischen Vorgaben – kein „gold-plating“ betreiben!
- Unternehmensförderung zugänglicher machen: Förderprogramme entschlacken, Antragsverfahren vereinfachen, Potenziale der Digitalisierung nutzen!
- Unternehmensgründungen und -nachfolgen zur Chefsache machen: Sachsen-Anhalt braucht eine Gründungs- und Nachfolgeoffensive!
- Das Land sollte sich für eine Reform der Gewerbesteuer hin zu einer kommunalen Steuer einsetzen. Rückführung der Kostenbesteuerung als erster Schritt!

Wettbewerbsfähigkeit
des Standorts



Internationalisierung

Grundsätze

Globale Arbeitsteilung fördert Wohlstand – überall auf der Welt. Dies sollte nicht durch Protektionismus (Handelshemmnisse) gefährdet werden. Mit Sorge beobachten wir Entwicklungen, welche im Ausland aktive Unternehmen unter den Generalverdacht stellen, die Anhebung von Sozial- und Umweltstandards im Ausland zu untergraben. Das Gegenteil ist der Fall: Das Engagement deutscher Unternehmen kann einen Beitrag dazu leisten, genau diese Standards im Ausland bekannt zu machen und zu implementieren.



Sachsen-Anhalt muss mehr Weltoffenheit ausstrahlen, seine Potentiale noch mehr zur Schau stellen und Willkommenskultur insbesondere für ausländische Fachkräfte und internationale Absolventen hiesiger Hochschulen leben! Nur so kann die drohende Negativspirale aus abnehmender Bevölkerung, sinkender Binnenfrage und daraus resultierende, wirtschaftlicher Negativperspektive durchbrochen werden.



Die Kleinteiligkeit der hiesigen Wirtschaft stellt eine große Herausforderung bei der Internationalisierung dar. KMU brauchen besondere Unterstützung: Die Landesregierung kann als Türöffner fungieren sowie durch kreative, gezielte und passgenaue Förderung bei der Erschließung ausländischer Märkte unterstützen.

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- **KMU brauchen weiterhin die einzelbetriebliche Messförderung des Landes!**
- **Das Land braucht eine Wirtschaftsrepräsentanz in Russland (analog zu China)!**
- **Gegen Handelshemmnisse und Wirtschaftssanktionen eintreten!**
- **Bedeutung und Vorteile globaler Arbeitsteilung und freien Handels bewerben!**
- **Attraktive Bleibeperspektiven für internationale Absolventen schaffen!**
- **Mehr Anstrengungen für moderne IT-Infrastruktur und eGovernment-Lösungen im Dienste stärkerer Internationalisierung!**

**Wettbewerbsfähigkeit
des Standorts**



Landesimage

Grundsätze

Das Image einer Region ist ein wichtiger Standortfaktor für die Bewerbung der touristischen Angebote unserer Region ebenso wie für das Anlocken von Investoren und externen Fachkräften für unsere Unternehmen. Zudem kann ein positives Image, das sich auf Produkte regionaler Herkunft übertragen lässt, auch als Verkaufsargument gelten, welches sich fördernd auf den Absatz heimischer Produkte auswirken kann.

Fakt ist aber leider: Am Außenbild Sachsens-Anhalts muss noch viel gearbeitet werden! Deutschlandweit und international bleibt das Land oft unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Und wenn diese Schwelle doch einmal durchbrochen wird, dann bestimmen zu oft Negativthemen die Schlagzeilen. In veröffentlichten Wirtschaftsrankings liegen wir zurück, unsere Stärken bleiben unterbelichtet.

Das Landesmarketing ist als Gemeinschaftsaufgabe herausgefordert. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Landesregierung die ersten Weichen gestellt. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden. Dabei sollten alle wichtigen Akteure eingebunden werden, um die Wirkung zu erhöhen. Sachsen-Anhalt beherbergt zahlreiche überregional und international wirkende Akteure, die hervorragende Botschafter sein könnten.

Außerhalb der Landesgrenzen:
Das Image ist ausbaufähig



Ranking der Meinungsforscher von YouGov 2015/2016:
Index aller positiven und negativen Bewertungen der Bundesländer
Oben stehen Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg,
am Ende rangieren Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Sachsen-Anhalt muss – unter der Führung der Staatskanzlei und Einbindung aller wichtigen Akteure – seine Stärken professionell, pointiert und vor allem konzentriert herausstellen. Konkurrierende Alleingänge sind zu vermeiden. Das vorhandene Leitmotiv „modern denken“ sollte konsequent weiter genutzt werden!
- Entwickelt werden muss eine überzeugende Dachkampagne, in der sich alle Aufgabenfelder wiederfinden: (Industrie-)Kultur, Tourismus, Lebensart, die Standortwerbung um Investoren, Fachkräfte, Studierende und Auszubildende! Diese Kampagne muss zudem für das ganze Land wirksam sein!
- Zur Steuerung der Kampagne sind zielführende Entscheidungsprozesse erforderlich. Dazu ist ein entscheidungskompetentes Expertengremium aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu bilden. Es sollte transparent und im Konsens berufen werden und dann das letzte Wort haben!
- Imagearbeit kostet Geld. Ein entsprechendes Budget ist bereit zu stellen!

Wettbewerbsfähigkeit
des Standorts





**JETZT sind die maßgeblichen
Weichenstellungen
für den Zeitraum der nächsten
fünf Jahre vorzunehmen!**

Fachkräfte: Potenziale heben!



Strukturwandel: Wirtschaft weiterentwickeln!



Infrastruktur & Technologie: Zukunftsfähigkeit sichern!



Wettbewerbsfähigkeit des Standorts: Rahmenbedingungen verbessern!



Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Franckestraße 5 | 06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2126-0 | Fax: 0345 2126-105
E-Mail: info@halle.ihk.de
Internet: www.halle.ihk.de

Redaktion

Hendrik Senkbeil

Gestaltung

Jo Schaller & Angela Schubert, Halle (Saale)

Druck

IMPRESS Druckerei Halbritter KG, Halle (Saale)

Abbildungen

Landtag von Sachsen-Anhalt (Titelbild)
Thomas Reinhardt (Seite 5, 7, 19 oben, 24)
IHK Halle-Dessau (Seite 5)
stock.adobe.com (Seite 6, 17, 18, 19, 20)
Shutterstock (Seite 9, 10, 15, 21, 25, 26, 28, 29, 31)
Uwe Köhn (Seite 11, 14, 16)
Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH (Seite 12)
InfraLeuna GmbH (Seite 13)
Eric Drewitz (Seite 22)
Andreas Löffler (Seite 27)
Michael Deutsch (Seite 35)

Redaktionsschluss

7. April 2021

Die erste Adresse für die regionale Wirtschaft!

Als unabhängiger Anwalt des Marktes und kritischer Partner der Politik ist die IHK die starke Stimme der regionalen Wirtschaft – über alle Branchen hinweg. Eigenverantwortlich nimmt sie vom Staat übertragene Aufgaben wahr und ist kompetenter, kundennaher und erfolgsorientierter Dienstleister für ihre Mitglieder, die heimische Unternehmerrschaft.





Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau